

Sitzungsniederschrift

31. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Sitzungsort: Landkreis Aurich, Fischteichweg 7 - 13, 26603 Aurich (Raum 1.106)		
Sitzungsdatum: 22.08.2016	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: 18:02 Uhr (öffentlicher Teil)

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Kleinert, Ingeborg	SPD	
Mitglieder		
Albers, Angelika	GRÜNE	
Altmann, Gila	GRÜNE	
Biller, Anita	SPD	
Carow, Johanne	FW	
Forster, Hans	SPD	
Frerichs, Theo	CDU	
Ihnen, Hermann	SPD	
Kleen, Barbara	SPD	
Odens, Roelf	CDU	
Sell, Erwin	SPD	
Sievers, Wolfgang	FDP	
Wolters, Hayo	CDU	Vertretung für Frau Friederike Dirks
Beratende Mitglieder		
Borm, Hans-Joachim		
Gerdes, Richard		
Hülsebus, Dieter		
Pieschke, Bärbel		
Tobiassen, Bernd		

Verwaltung

Christoffers, Dieter	Leiter des Sozialamtes
Elster, Peter	Kommissarischer Leiter des Amtes für Gesundheitswesen
Jelden, Frauke	Gleichstellungsbeauftragte
Müller, Michael	Protokollführer
Puchert, Dr. Frank	Erster Kreisrat
Seemann, Volker	Abteilungsleiter Sozialamt

Nicht anwesend:

Mitglieder

Dirks, Friederike CDU

Grundmandat

Seelgen, Blanka DIE LINKE.

Beratende Mitglieder

Cordes, Andrea

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 19.05.2016 - öffentlicher Teil -
5. Einwohnerfragestunde
6. Bericht über die Planungen zum Bau/der Errichtung eines stationären Hospiz in Norden
7. Vorstellung der Schuldnerberatung Ostfriesland e.V., Aurich
8. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 19.04.2016: Gesundheitsregion Aurich-Emden
Vorlage: VIII-AF/2016/007
9. Bericht der Gleichstellungsbeauftragten zum Gleichstellungsplan 2013 - 2015
10. Antrag der Fraktion "Freie Wähler" vom 17.07.2016; Bericht über die Organisation und Arbeit der Heimaufsicht beim Landkreis Aurich vor dem Hintergrund der "Vorkommnisse im Altenheim Inselfrieden, Norderney"
Vorlage: VIII-AF/2016/009
11. Verschiedenes, Wünsche, Anregungen



12. Einwohnerfragestunde

13. Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die **Vorsitzende Kleinert** eröffnete die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung um 15:00 Uhr und begrüßte die Mitglieder des Ausschusses sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, der Presse sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die **Vorsitzende Kleinert** stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung wurden keine Einwände erhoben.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 19.05.2016 - öffentlicher Teil -

Abgeordneter Sievers bemängelte, dass in der Niederschrift über die Sitzung vom 19.05.2016 zum Tagesordnungspunkt 8 (Antrag der Gruppe GFA/FDP vom 20.02.2016: Sozialbericht Vorlage: VIII-AF/2016/006) keine Ausführungen über den Inhalt des Vortrages erfolgt sind. **Erster Kreisrat Dr. Puchert** wies darauf hin, dass sich die Präsentation im Anhang zu der Niederschrift befand und dort das vorgetragene Datenmaterial enthalten sei. Dies stelle ein übliches Verfahren dar.

Die Niederschrift vom 19.05.2016 - öffentlicher Teil – wurde einstimmig bei drei Enthaltungen wegen Nichtteilnahme genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 3

⇒ **einstimmig beschlossen**

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Frau Sonja Jakobs meldete sich zu Wort, stellte sich vor und wies sodann auf eine Berichterstattung in den Ostfriesischen Nachrichten vom 10.08.2016 hin. Sie zitierte aus dem Artikel und wertete diesen als diskriminierend für alleinerziehende Frauen. Sie fragte, wie die Gleichstellungsbeauftragte sich bei einer solchen Presseberichterstattung verhalten würde.

Gleichstellungsbeauftragte Jelden erklärte, dass eine Reaktion durch sie als Gleichstellungsbeauftragte nicht erfolgt sei.

Sie bedauerte, dass Berichterstattungen nicht immer wertfrei und im Interesse der Frauen erfolgen. Sie empfahl ihr, sich wegen dieses Artikels direkt an die Zeitung zu wenden.

Frau Sonja Jakobs bemängelte ferner, dass durch die Koordinierungsstelle Frauen und Beruf schlechte Berufe an Frauen vermittelt würden. Hierzu fragte Frau Jakobs konkret, warum keine attraktiveren Berufsangebote vermittelt würden. **Gleichstellungsbeauftragte Jelden** verwies Frau Jakobs hierzu direkt an die Koordinierungsstelle.

Vorsitzende Kleinert informierte an dieser Stelle über den Präventionsrat der Gemeinde Südbrookmerland, der als regionales Angebot gerne angesprochen werden könne.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

TOP 6 Bericht über die Planungen zum Bau/der Errichtung eines stationären Hospiz in Norden

Herr Martin Albers, Vorsitzender, **Frau Christina Bitiq**, stellvertretende Vorsitzende und **Frau Andrea Kracke**, Schriftführerin, vom Förderverein „Stationäres Hospiz Norden e.V.“ stellten zunächst ihren Verein vor.

Anhand einer PowerPoint-Präsentation erklärten sie die Planungen für ein stationäres Hospiz in Norden. Sie wiesen darauf hin, dass hierdurch eine Versorgungslücke zwischen der ambulanten Hospiz- und Palliativbewegung und der Versorgung im Krankenhaus geschlossen werden könnte. Sie erläuterten die Rahmendaten, die Bedarfssituation, die Personalstärke und die mögliche Auslastung des geplanten Hospizes.

Sie wiesen insbesondere auf die hierdurch mögliche ortsnahe Versorgung hin. Der weite Anfahrtsweg zu den nächstgelegenen Hospizen in Leer oder Jever würde aktuell viele Gäste hemmen, dieses Angebot überhaupt in Anspruch zu nehmen. Eine Umsetzung dieses Vorhabens solle bis zum Jahr 2020 erfolgt sein.

Frau Kracke erklärte, dass im Jahr 2015 15 % der Gäste des Hospizes in Leer aus dem Landkreis Aurich kamen.

Herr Borm erkundigte sich, warum es bei den bestehenden Hospizen Wartelisten geben würde, obwohl die durchschnittlichen Aufenthaltszeiten der Gäste nur 19 Tage betragen. **Frau Kracke** erklärte, dass es eine große Nachfrage geben würde und viele Patienten vor einer Aufnahme in ein Hospiz bereits versterben würden.

Herr Albers warb abschließend um weiteres ehrenamtliches Engagement und finanzielle Unterstützung in dieser Angelegenheit. Er bedankte sich für die Möglichkeit, dieses Vorhaben im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung vorzustellen.

Abgeordnete Albers wünschte in der kommenden Sitzung einen Bericht über die ambulante Hospizarbeit. **Abgeordneter Forster** fragte nach, ob es für den Bereich Aurich eventuell deckungsgleiche Planungen für ein stationäres Hospiz geben würde. Frau Bitiq antwortete, dass Kontakt zum Vorsitzenden des Vereins Hospiz Aurich e.V., Herrn Eike Zabel, besteht. Der Verein Hospiz Aurich e.V. habe keine entsprechenden Ambitionen und konzentriere sich auf das bestehende Tageshospiz.

Vorsitzende Kleinert bedankte sich abschließend für den Bericht und wünschte für die weiteren Planungen und die anschließende Umsetzung viel Erfolg.

(Die PowerPoint-Präsentation ist der Niederschrift als Anhang beigelegt.)



TOP 7 Vorstellung der Schuldnerberatung Ostfriesland e.V., Aurich

Herr Klaus Jansen und **Herr Thomas Obst** erklärten, dass sie im Jahr 2003 das Betreuungsbüro Aurich gegründet hätten und mit derzeit drei juristischen Betreuern in dieser Bürogemeinschaft tätig sind.

Im Rahmen der Wahrnehmung der juristischen Betreuungen wurde festgestellt, dass die Überschuldung privater Haushalte in den letzten Jahren erheblich zugenommen hat. Personen, die sich in solchen Fällen durch eine Schuldnerberatung helfen lassen wollen, haben große Schwierigkeiten entsprechende Beratungstermine zu bekommen.

Um diese Situation zu verändern, wurde der als gemeinnützig anerkannte Verein Schuldnerberatung Ostfriesland e.V. gegründet. Der Verein verfolgt das Ziel, überschuldeten Menschen, die aus eigener Kraft nicht weiter wissen, einen Neuanfang zu ermöglichen. Die Schuldnerberatung selbst erfolgt dabei über die Mitarbeiter des Betreuungsbüros, die dahingehend geschult wurden.

Herr Jansen erklärte, dass in dem Zeitraum Januar bis Juli 2016 bereits 129 Beratungen durchgeführt wurden. Davon wurden bereits 64 Beratungsverfahren abgeschlossen. Er wies auch darauf hin, dass bei den Schuldnerberatungen regelmäßig zwischen 6 und 8 Monaten auf einen Beratungstermin gewartet werden muss. Die Wartezeit beim Verein Schuldnerberatung Ostfriesland e.V. habe in dem ausgewerteten Zeitraum nur 6 Tage betragen. Ziel des Vereins sei, dass innerhalb einer Woche ein Beratungstermin zustande kommt.

Da durch bestehende Schulden ein Vermittlungshemmnis vorliege, sei laut **Herrn Jansen** Schuldnerberatung auch Soziale Arbeit.

Herr Jansen und **Herr Obst** stellten die Refinanzierung der Schuldnerberatung dar. So werden für Beratungen Pauschalen geleistet, 290,00 € bei bis zu 5 Gläubigern, bei mehr als 15 Gläubigern 695,00 €.

Abgeordneter Forster erkundigte sich, auf welchen Bereich des Landkreises sich die Schuldnerberatung konzentrieren werde. **Herr Janssen** entgegnete darauf, dass grundsätzlich der Bereich der Stadt Aurich Einzugsgebiet sein solle. **Abgeordneter Forster** ergänzte seine Frage dahingehend, ob auch Präventionsarbeit durch den Verein durchgeführt werde. **Herr Obst** erklärte, dass eine enge Zusammenarbeit mit dem Leinerstift und der Bewährungshilfe stattfinde, um insbesondere für junge Menschen eine Hilfestellung bzw. Anleitung zu schaffen.

Abgeordnete Altmann fragte, ob es eine Vernetzung zu den bestehenden Schuldnerberatungen geben würde. **Herr Borm** erklärte, dass sich der Paritätische Wohlfahrtsverband aus der sozialen Schuldnerberatung zurückziehen werde. Er bestätigte einen guten Kontakt zum Betreuungsverein.

Abgeordneter Sievers verließ die Sitzung um 16.17 Uhr.

Auf Nachfrage der **Abgeordneten Altmann** erklärte **Herr Obst**, dass auch Personen mit Migrationshintergrund vermehrt das Beratungsangebot in Anspruch nehmen. Sie fragte nach, ob der im vorgelegten Haushaltsplan dargestellte Einnahmebetrag von 20.000,00 € als Zuschuss vom Landkreis Aurich beantragt werde. Dies bestätigte **Herr Jansen**.

Vorsitzende Kleinert bedankte sich für die Ausführungen und empfahl, diesen Antrag zunächst in den Fraktionen zu beraten.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung beschloss einstimmig, den Antrag des Vereins Schuldnerberatung Ostfriesland e.V. zur Beratung in die Fraktionen zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
⇒ **einstimmig beschlossen**

TOP 8 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 19.04.2016: Gesundheitsregion Aurich-Emden**
Vorlage: VIII-AF/2016/007

Abgeordnete Albers eröffnete unter Bezug auf die Mitteilungsvorlage diesen Tagesordnungspunkt mit dem Hinweis, dass sich der Landkreis Aurich mit der Einrichtung einer Gesundheitsregion zu viel Zeit gelassen hätte. Nach Ihrer Auffassung würde die Verwaltung die Einrichtung einer Gesundheitsregion blockieren.

Abgeordnete Albers führte aus, dass die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorschlägt, zunächst einen „Runden Tisch“ für ein Jahr einzurichten. Nach Ablauf des Jahres soll dann dem Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung berichtet werden und darauf folgend abschließend über die Einrichtung einer Gesundheitsregion entschieden werden. Sie ergänzte, dass dieser „Runde Tisch“ mit folgenden organisatorischen Vorgaben arbeiten müsse:

- Regelmäßige Treffen
- Protokollführung und Berichterstattung
- Auswertung der Tätigkeiten nach einem Jahr

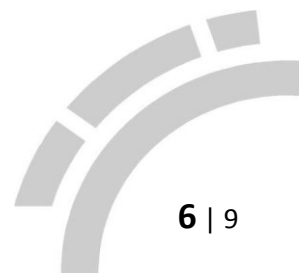
Abgeordneter Sell bemängelte die Änderung des ursprünglichen Antrages. Er wies darauf hin, dass Anträge schriftlich formuliert werden müssen, um auch der Verwaltung die Möglichkeit zu geben, die erforderlichen Informationen zusammenzutragen und den Antrag damit angemessen vorzubereiten.

Abgeordnete Biller verließ die Sitzung um 16.30 Uhr und nahm ab 16.32 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Erster Kreisrat Dr. Puchert wies darauf hin, dass Gespräche mit den Kollegen der Stadt Emden zur Vorbereitung dieses Tagesordnungspunktes stattgefunden hätten. Er äußerte Sorge darüber, dass eine Sache eingerichtet werde, die anschließend nicht mit Leben gefüllt werde. Im ersten Schritt sei weiterhin wichtig, die Aufgaben einer Gesundheitsregion zu definieren.

Gleichzeitig sollte die Arbeit des „Runden Tisches“ in bestimmten Zeitabständen reflektiert werden, so dass der „Runde Tisch“ selbst eine Entscheidungsvorlage formuliert, ob die Notwendigkeit einer gemeinsamen Gesundheitsregion bestehe.

Abgeordnete Kleen verließ die Sitzung um 16.35 Uhr und nahm ab 16.38 Uhr wieder an der Sitzung teil.



Abgeordnete Albers warb noch einmal für den verbindlichen „Runden Tisch“. Sie wies darauf hin, dass die Förderung der Gesundheitsregionen seit der CDU/FDP-Regierung existiere. Insoweit gehe sie davon aus, dass die Richtlinien zur Projektförderung von Gesundheitsregionen auch weitergeführt werden. **Abgeordnete Altmann** ergänzte diese Ausführungen um die Feststellung, dass ein „Runder Tisch“ der kleinste gemeinsame Nenner wäre.

Herr Elster, kommissarischer Leiter des Amtes für Gesundheitswesen, stellte dar, dass eine Gesundheitsregion nur dann funktioniere, wenn alle Beteiligten Bereitschaft zur Mitarbeit zeigen würden. Derzeit ist nach seiner Einschätzung deshalb wichtig, diese Bereitschaft abzufragen. Hierzu werde der „Runde Tisch“ am 30.08.2016 bereits zum ersten Mal zusammenkommen. Er wies abschließend darauf hin, dass er zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Gesundheitsregion für nicht erforderlich halte.

Abgeordneter Odens sprach sich -wie in der Mitteilungsvorlage vorgeschlagen- für ein freies Vorgehen ohne das Korsett einer Gesundheitsregion aus.

Nachdem keine weiteren Meldungen für Redebeiträge vorlagen, schloss **Vorsitzende Kleinert** diesen Tagesordnungspunkt.

TOP 9 Bericht der Gleichstellungsbeauftragten zum Gleichstellungsplan 2013 - 2015

Gleichstellungsbeauftragte Jelden berichtete mittels einer PowerPoint-Präsentation über den Gleichstellungsplan 2013 – 2015.

(Die PowerPoint-Präsentation ist der Niederschrift als Anhang beigefügt.)

Abgeordneter Wolters verließ die Sitzung um 16.42 Uhr und nahm ab 16.47 Uhr wieder an der Sitzung teil. **Abgeordneter Forster** verließ die Sitzung um 16.48 Uhr.

Nach dem Bericht der Gleichstellungsbeauftragten erkundigte sich **Abgeordnete Altmann**, ob bei Ausschreibungsverfahren eine Bestenauslese erfolge. **Gleichstellungsbeauftragte Jelden** erläuterte sodann das Auswahlverfahren und bestätigte die Anwendung der Bestenauslese. **Herr Borm** bemängelte, dass Erziehungs- bzw. Familienzeiten keine angemessene Berücksichtigung in Auswahlverfahren erhalten würden.

Abgeordnete Albers bat um eine Information über anonymisierte Bewerbungsverfahren. **Gleichstellungsbeauftragte Jelden** erklärte, dass sie dieses Thema bereits erarbeitet und im Personalausschuss präsentiert hätte. Die entsprechende Präsentation werde sie für die Niederschrift zur Verfügung stellen.

(Die PowerPoint-Präsentation zum Thema „Anonymisierte Bewerbungsverfahren“ ist der Niederschrift als Anhang beigefügt.)

Vorsitzende Kleinert schloss den Tagesordnungspunkt mit Dank an die Gleichstellungsbeauftragte für Ihre Ausführungen.

Abgeordneter Ihnen verließ die Sitzung um 17.02. Uhr und nahm ab 17.04 Uhr wieder an der Sitzung teil. **Abgeordneter Forster** nahm ab 17.03 Uhr wieder an der Sitzung teil. **Abgeordnete Albers** verließ die Sitzung um 17.03 Uhr.

TOP 10 Antrag der Fraktion "Freie Wähler" vom 17.07.2016; Bericht über die

Organisation und Arbeit der Heimaufsicht beim Landkreis Aurich vor dem Hintergrund der "Vorkommnisse im Altenheim Inselfrieden, Norderney"
Vorlage: VIII-AF/2016/009

Kreisamtsrat (KAR) Müller erläuterte anhand einer PowerPoint-Präsentation die Organisation, die Struktur, die Aufgaben und die Zuständigkeit der Heimaufsicht.

(Die PowerPoint-Präsentation ist der Niederschrift als Anhang beigelegt.)

Abgeordneter Forster verließ die Sitzung um 17.30 Uhr.

Weiter berichtete **KAR Müller** zur Situation im Haus Inselfrieden Norderney, dass am 24.05.2016 eine unangemeldete Heimbegehung in Kooperation mit dem Medizinischen Dienst der Krankenkassen Niedersachsen (MDKN) in dieser Pflegeeinrichtung durchgeführt wurde. Die während dieser Prüfung vorgefundene Situation wich von den Ergebnissen vorheriger Prüfungen in gravierendem Maße ab.

Um weitere potentielle Bewohner nicht der Gefahr auszusetzen, die durch die festgestellten Mängel ausging, wurde ein sofortiger Aufnahmestopp angeordnet. Gleichzeitig wurde eine sofortige Mängelbeseitigung angeordnet sowie eine Anhörung zur Unterbrechung des Heimbetriebes versendet.

Abgeordneter Odens verließ die Sitzung um 17.43 Uhr.

Erster Kreisrat Dr. Puchert ergänzte die Ausführung dahingehend, dass sich die Mängelsituation auf technische Anlagen, die Personal- und Führungssituation, den Brandschutz, die Pflegesituation und viele weitere Punkte bezog.

Abgeordneter Sell erkundigte sich, ob der Vorwurf, die Heimaufsicht hätte spät reagiert, stimme. **Erster Kreisrat Dr. Puchert** erklärte, dass es sich bei der Prüfung im Mai 2016 um eine Anlassprüfung handelte. Die Heimaufsicht bzw. der Landkreis Aurich habe sofort nach Feststellung der Mängel mit der notwendigen Konsequenz interveniert.

Seit der Prüfung im Mai 2016 werde die Einrichtung engmaschig durch die Heimaufsicht begleitet.

Im Rahmen des vorläufigen Insolvenzverfahrens wurde das Gebäude mittlerweile durch die Stadt Norderney von der bisherigen Betreiberin zurückgekauft. Den Geschäftsbetrieb und damit die Versorgung der Bewohnerinnen und Bewohner hat die Sander Pflege GmbH aus Emsdetten übernommen.

Erster Kreisrat Dr. Puchert bemängelte an dieser Stelle die Berichterstattung in dieser Angelegenheit. Es werde völlig außer Acht gelassen, wer für die Versorgung der Bewohnerinnen und Bewohner verantwortlich ist. Es sei sehr populär, die Schuld beim Landkreis Aurich zu suchen. Dies treffe auch auf andere Bereiche, wie beispielsweise die Jugendhilfe und die Bauordnung zu.

Herr Hülsebus hielt die Unterfinanzierung der stationären Pflegeeinrichtungen für ein wesentliches Problem. **Abgeordnete Altmann** stellte fest, dass die Heimaufsicht nach der bestehenden Rechtslage nur reagieren könne. Sie fragte nach, wie die Situation verändert werden könne, um rechtzeitig agieren zu können. **KAR Müller** wies darauf hin, dass ein wesentliches Element zur Änderung der Situation die Personalschlüssel

sind. Hier ist jede Einrichtung in der Lage und Verantwortung bessere Schlüssel zu vereinbaren. Personalschlüsselverbesserungen zugunsten einer besseren stationären Versorgung wurden in der Vergangenheit seitens des Sozialhilfeträgers stets unterstützt.

Abgeordnete Carow erklärte, dass durch den Antrag der „Freien Wähler“ die Verwaltung nicht an den Pranger gestellt werden sollte. Der Antrag sollte zur Aufklärung der Situation beitragen.

Herr Borm befürchtete, dass es durch die Reduzierung der Heimkosten im kommenden Jahr noch zu einer schwierigeren Zeit für die Heimaufsicht kommen könnte.

TOP 11 Verschiedenes, Wünsche, Anregungen

Abgeordnete Carow machte den Vorschlag, zukünftig Ausschusssitzungen häufiger in Pflegeeinrichtungen durchzuführen. **Vorsitzende Kleinert** fand den Vorschlag gut und sagte entsprechende Bemühungen zu.

TOP 12 Einwohnerfragestunde

Wortmeldungen lagen nicht vor.

TOP 13 Schließung der Sitzung

Vorsitzende Kleinert schloss den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.02 Uhr.

gez. Kleinert
Vorsitzende

gez. Müller
Protokollführer